

## Beschluss Dresden als demokratische Stadt

Gremium: Stadtparteitag  
Beschlussdatum: 12.01.2019  
Tagesordnungspunkt: 3.F) Dresden als demokratische Stadt

### Text

3345 F) Dresden als demokratische, freie und sichere Stadt

3346 F. 1) Dresden kann noch mehr Demokratie wagen

3347 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für mehr Demokratie auf allen Ebenen. Wir wollen  
3348 die Bürgerbeteiligung stärken, die Bürger\*innen als selbstbestimmte Menschen  
3349 ermutigen und es ihnen ermöglichen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten  
3350 einzumischen und für die Gesellschaft einzubringen.

3351 Unsere Antwort auf antidemokratische und autoritäre Tendenzen in der  
3352 Gesellschaft und den Rechtsruck in der Politik ist nicht nur die Verteidigung  
3353 der demokratischen und freiheitlichen Errungenschaften, sondern vielmehr ein  
3354 entschlossener Kampf für noch mehr Demokratie und noch mehr Mitbestimmung. Wir  
3355 haben in der rot-grün-roten Kooperation einen sachsenweit einzigartigen  
3356 Kulturwandel in der Bürgerbeteiligung erreicht und zugleich die  
3357 Entscheidungsrechte der Bürger\*innen gestärkt.

3358 Mit der – auch gegen Widerstände innerhalb der Kooperation – eingeführten  
3359 Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte haben wir die Stadtteilvertretungen endlich  
3360 demokratisch legitimiert und gestärkt. Dadurch haben wir auch das bisherige  
3361 Parteienprivileg bei der Besetzung der Stadtbezirksbeirat\*innen gebrochen und es  
3362 ermöglicht, dass auch lokale Initiativen und Wähler\*innenvereinigungen für ihre  
3363 Stadtteilvertretungen kandidieren können.

3364 Durch die Vorlage einer Bürgerbeteiligungssatzung haben wir eine Wende im  
3365 Verständnis von Bürgerbeteiligung begonnen. Statt Beteiligung als Gnadenakt der  
3366 Verwaltung zu verstehen, werden wir den Bürger\*innen konkrete Rechte auf  
3367 Beteiligung geben, die diese auch geltend machen können. So sind Bürgerforen  
3368 durchzuführen, wenn in gesamtstädtischen Angelegenheiten 2500 Unterschriften  
3369 bzw. in Angelegenheiten eines Stadtbezirks 500 Unterschriften von  
3370 Einwohner\*innen vorliegen. Diese Bürgerforen können Empfehlungen abgeben, die  
3371 auch zu berücksichtigen sind.

3372 Wir haben als Kooperation das Petitionsrecht gestärkt. In Dresden ist es jetzt  
3373 endlich auch möglich, Petitionen auf der Homepage der Stadt mitzeichnen zu  
3374 können.

3375 Wir glauben, dass wir Dresden nicht nur noch demokratischer gestalten können,  
3376 sondern auch müssen. Die diesbezüglichen Erfolge der Kooperation waren nur ein  
3377 Anfang hin zu einem bürgerschaftlichen Dresden, in dem sich die Bürger\*innen  
3378 selbstbestimmt und wertgeschätzt einmischen.

3379 Stadtteile noch mehr stärken

3380 Unser Ziel als GRÜNE war es, nicht nur die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte zu  
3381 erreichen, sondern auch ihre rechtliche Gleichstellung mit den bestehenden  
3382 Ortschaftsräten. Dies hat die CDU/SPD-Koalition auf Landesebene mit einer tief  
3383 in die kommunale Selbstverwaltung eingreifenden Kommunalrechtsreform torpediert.  
3384 Für uns bleibt dennoch das Ziel bestehen, dass die Stadtbezirke die gleichen

3385 demokratischen Rechte erhalten wie die Ortschaften, weil es keine Bürger\*innen  
3386 erster und zweiter Klasse geben darf! Wir werden uns somit weiterhin auf  
3387 kommunaler wie auf Landesebene für die Ortschaftsverfassung stark machen,  
3388 mindestens aber in Dresden nach Wegen suchen, die Kompetenzen der  
3389 Stadtbezirksbeiräte den Rechten der Ortschaftsräte soweit wie möglich  
3390 anzunähern.

3391 Bürgerbeteiligung weiter ausbauen  
3392 Die Bürgerbeteiligungssatzung ist nur ein erster Schritt zu einer neuen Kultur  
3393 der Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen darüber hinaus auch  
3394 die neue Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken. Um die  
3395 Beteiligungsverfahren auf hohem qualitativen Niveau durchzuführen und eine\*n  
3396 zentrale Ansprechpartner\*in der Verwaltung zu haben, werden wir deshalb beim  
3397 Oberbürgermeister eine unabhängige Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung  
3398 einrichten.

3399 Bürgerbeteiligung wird durch eine gute Informationsgrundlage der Bürger\*innen  
3400 gestärkt. Wir wollen deshalb Modelle wie Planungszellen fördern, die die  
3401 Informationskluft zwischen den Bürger\*innen schließen können und in denen lokale  
3402 Probleme in den Nachbarschaften erörtert werden können. Ein weiteres Ziel für  
3403 die Information der Bürger\*innen ist es, alle von der Verwaltung erstellten  
3404 Studien, z. B. Machbarkeitsstudien, auf der Webseite der Stadt einsehen zu  
3405 können. Die Verwaltung muss bei allen Veröffentlichungen zudem auf eine einfache  
3406 Sprache achten, damit alle verstehen, wie, warum und wo sie sich einbringen  
3407 können.

3408 Angesichts neuer Herausforderungen in den Städten richtet sich die  
3409 Aufmerksamkeit seit einigen Jahren verstärkt auf zivilgesellschaftliche  
3410 Akteur\*innen, die sich vernetzen und in unterschiedlichen Feldern der  
3411 Stadtentwicklung durch ihre Projekte einen Mehrwert für das Gemeinwesen  
3412 schaffen. Damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu Stadtgestaltern werden  
3413 können, muss eine demokratische und am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung  
3414 aktivierende und partizipative Strukturen entwickeln, in denen neue Modelle  
3415 einer koproduktiven Stadt und eine neue Rollenverteilung in der  
3416 Quartiersentwicklung erprobt werden können.

3417 Kinder- und Jugendbeteiligung verbessern  
3418 Demokratische Teilhabe beginnt für uns nicht erst mit dem 18. Geburtstag! Wir  
3419 wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen intensivieren. Mit der  
3420 Schaffung eines unabhängigen Kinder- und Jugendbüros haben wir bereits eine  
3421 wichtige Voraussetzung hierfür geschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nun den  
3422 nächsten Schritt gehen und ähnliche Verfahren, die wir in der  
3423 Bürgerbeteiligungssatzung umgesetzt haben, auch für Kinder und Jugendliche  
3424 schaffen. Kinder und Jugendliche sollen verbindlich unter anderem in die Planung  
3425 von Spielplätzen, Rad- und Fußverkehr und der Gestaltung von Plätzen einbezogen  
3426 werden. Wir werden Kinder- und Jugendbeteiligungsformate in den Stadtbezirken  
3427 fördern, in denen Kinder und Jugendliche selbst, unter fachlicher Begleitung,  
3428 beispielsweise des Kinder- und Jugendbüros, mit einem zur Verfügung stehenden  
3429 Budget, Vorhaben von Kindern und Jugendlichen fördern. Wir stärken dadurch früh  
3430 echte Demokratieerfahrungen jenseits von Erwachsenengremien. Themen und Probleme  
3431 dieser Altersgruppe sollen ebenfalls in Modellen wie Planungszellen regelmäßig  
3432 diskutiert werden.

3433 Wir wollen Schüler\*innentage im Stadtrat ermöglichen: Wie bei  
3434 Parlamentsexkursionen sollen Schüler\*innen in Debatten und Gesprächen mit  
3435 Vertreter\*innen der Fraktionen die kommunalpolitische Arbeit kennenlernen.

3436 F. 2) Für eine sichere Stadt, in der wir frei leben können

3437 Dresden ist eine sichere Stadt. Dennoch hat sich in den letzten Jahren das  
3438 Sicherheitsgefühl einiger Menschen verschlechtert, weil die CDU-geführte  
3439 Staatsregierung in den letzten Jahren massiv die Polizeipräsenz abgebaut hat.  
3440 Wir wollen mit einer besseren Präventionsarbeit aller verantwortlichen Behörden  
3441 und Träger zu einer tatsächlichen Verbesserung der Sicherheit in Dresden  
3442 beitragen. Wir wehren uns dabei dagegen, dass zunehmend ein vermeintliches Mehr  
3443 an Sicherheit gegen elementare Freiheitsrechte ausgespielt wird. Der Schutz von  
3444 Bürgerrechten ist auch auf kommunaler Ebene ein Herzensanliegen von BÜNDNIS  
3445 90/DIE GRÜNEN.

3446 Kommunale Präventionsarbeit weiter stärken  
3447 Die wirksamste Waffe gegen Kriminalität ist eine breit angelegte und gut  
3448 ausgestattete Präventionsarbeit. Wir GRÜNE stehen daher für eine kommunale  
3449 Sicherheitspolitik, bei der diese Prävention im Fokus steht. Den  
3450 Kriminalpräventiven Rat werden wir zum zentralen Ort der Koordination der  
3451 vorbeugenden Arbeit von Sicherheitsbehörden, Politik und Zivilgesellschaft  
3452 weiterentwickeln. Den Ausbau der Jugend- und Straßensozialarbeit sehen wir als  
3453 einen wichtigen Aspekt der kommunalen Präventionsarbeit.

3454 Wir begreifen auch die Stadtplanung als einen wichtigen Teil der kommunalen  
3455 Präventionsarbeit. Steinerne unbelebte Plätze und unbeleuchtete Straßen haben  
3456 einen massiven Einfluss auf das Sicherheitsgefühl vieler Menschen. Ebenso kann  
3457 eine gute Durchmischung von Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen der Bildung  
3458 von sozialen Brennpunkten entgegenwirken. Deshalb werden wir zukünftig die  
3459 Überprüfung der Auswirkung auf die Sicherheitslage zum Standard bei Bauprojekten  
3460 und in der Stadtplanung machen.

3461 Das Ordnungsamt kann die Aufgaben der Landespolizei nicht ersetzen. Deshalb  
3462 werden wir es nicht zu einer Ersatzpolizei aufrüsten, sondern vor allem für die  
3463 kommunalen Aufgaben einsetzen. Die Mitarbeiter\*innen werden wir regelmäßig in  
3464 Bezug auf die Gewährleistung von Bürger\*innenrechten und im Bereich der  
3465 interkulturellen Kompetenz schulen.

3466 Der öffentliche Raum gehört den Bürger\*innen  
3467 Der öffentliche Raum muss ein Ort der Freiheit bleiben und darf nicht zunehmend  
3468 durch die Sicherheitsbehörden kontrolliert werden. Deshalb werden BÜNDNIS 90/DIE  
3469 GRÜNEN in Dresden stets gegen die Videoüberwachung im öffentlichen Raum  
3470 eintreten. Diese verhindert keine Straftaten, sondern verdrängt sie höchstens.  
3471 Sie ist aber zugleich ein elementarer Eingriff in die Bürgerrechte. Wir lehnen  
3472 auch die weitgehend willkürliche Einstufung von Straßen und Plätzen durch die  
3473 Polizei als sogenannte „gefährliche Orte“ ab. Diese Deklaration dient nur der  
3474 Rechtfertigung unverhältnismäßiger, anlassloser Polizeikontrollen und  
3475 stigmatisiert ganze Stadtviertel.

3476 Wir haben das Alkoholverkaufsverbot an Wochenendabenden in der Neustadt  
3477 abgeschafft, weil es nutzlos ist und ein Eingriff in die Freiheit von  
3478 Händler\*innen und Bürger\*innen darstellte. Deshalb lehnen wir auch generelle  
3479 Alkoholverbotzonen, wie sie derzeit in anderen Städten eingeführt werden, in

3480 Dresden ab. Bei Großveranstaltungen mit Gefährdungspotenzial können im  
3481 Einzelfall örtlich und zeitlich begrenzte Verbote des Verkaufs und des Konsums  
3482 von Alkohol sinnvoll sein.

3483 Versammlungsfreiheit stärken

3484 Dresden hat in den letzten Jahren ein reges Demonstrationsgeschehen erlebt. Wir  
3485 sind der Auffassung, dass die Dresdner Versammlungsbehörde mitunter rassistische  
3486 Demonstrationen begünstigt und den Protest dagegen konsequent erschwert hat.  
3487 Diesem Zustand werden wir weiter entgegenwirken – denn es ist auch die Aufgabe  
3488 des Stadtrates, der Versammlungsbehörde auf die Finger zu schauen und für eine  
3489 bessere Verwirklichung des Versammlungsrechtes einzutreten. Wir setzen uns dafür  
3490 ein, dass die Versammlungsbehörde einen Protest in Sicht- und Hörweite  
3491 ermöglicht und versammlungsrechtsfreundliche Bescheide erlässt.

3492 F. 3) Eine digitale Stadt braucht eine moderne Verwaltung

3493 Die Verwaltung ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger  
3494 und deren Anliegen sowie die Umsetzung von politischen Zielen da. Eine moderne  
3495 Verwaltung muss bürger\*innennah, transparent und digital sein. Sie soll nicht  
3496 durch unnötige Bürokratie übermäßig in das Leben der Bürgerinnen und Bürger  
3497 eingreifen. Wir GRÜNE werden deshalb in Dresden den begonnenen Weg zu einer  
3498 modernen Verwaltungsstruktur und -kultur fortsetzen. Gleichzeitig ist die  
3499 Stadtverwaltung der größte Arbeitgeber in Dresden und steht zunehmend unter  
3500 Druck, guten Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Arbeit  
3501 für die Landeshauptstadt attraktiver zu machen.

3502 Für eine Kultur der Transparenz in der Verwaltung

3503 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für eine demokratische Notwendigkeit, dass  
3504 Bürger\*innen sich umfassend über die Belange der Stadt informieren können.  
3505 Deshalb werden wir die Informationsfreiheitsgesetz der Stadt zu einer  
3506 Transparenzgesetz weiterentwickeln, die von dem Grundsatz ausgeht, dass alle  
3507 der Verwaltung vorliegenden Informationen - außer in begründeten Ausnahmefällen  
3508 - zugänglich sein müssen. Die Verwaltungsdaten müssen dabei im Rahmen der durch  
3509 den Datenschutz gegebenen Grenzen den Bürger\*innen in strukturierter und  
3510 maschinenlesbarer Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

3511 Die Dresdner Stadtverwaltung sollte Vorbild bei der Korruptionsvorbeugung

3512 werden. Deshalb werden wir die Stelle eines Anti-Korruptions-Beauftragten in der  
3513 Stadtverwaltung schaffen. Mit Hilfe eines städtischen Korruptionsregisters  
3514 sollen Unternehmen, die sich durch Fehlverhalten, wie zum Beispiel durch  
3515 einschlägige Straftaten in Bezug auf Vergabe öffentlicher Aufträge,  
3516 disqualifiziert haben, von diesen ausgeschlossen werden. Mit uns wird es eine  
3517 Ombudsperson geben, an die sich anonym mit Hinweisen auf Korruptionsverdacht  
3518 gewandt werden kann und über die in Vergabeverfahren informiert wird.

3519 Wir GRÜNE werden eine Ombudsstelle in der Stadtverwaltung einrichten, an welche

3520 sich sowohl Bürgerinnen und Bürger wenden können, die sich durch konkretes  
3521 Verwaltungshandeln benachteiligt fühlen, als auch jene, die Anregungen für die  
3522 Abschaffung überflüssiger Vorschriften haben.

3523 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die Transparenz der kommunalen

3524 Mandatsträger\*innen verstärken. Deshalb wollen wir im Stadtrat auf die  
3525 Verabschiedung eines Verhaltenskodex drängen, der die Stadträt\*innen,  
3526 Stadtbezirksbeirat\*innen, Ortschaftsrät\*innen und Bürgermeister\*innen zur

3527 Offenlegung von Interessenkonflikten und der Mitgliedschaften in Aufsichtsräten  
3528 verpflichtet.

3529 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin  
3530 Wenn wir eine gute Verwaltung wollen, brauchen wir gut ausgebildete und  
3531 motivierte Mitarbeiter\*innen, die wir auf einem zunehmend umkämpften  
3532 Arbeitsmarkt gewinnen müssen. In den nächsten Jahren werden viele  
3533 Mitarbeiter\*innen in den Ruhestand gehen. Die Landeshauptstadt braucht zur  
3534 Bewältigung der Altersabgänge ein modernes Personal- und  
3535 Personalentwicklungskonzept, mit dem den Mitarbeiter\*innen Aufstiegsperspektiven  
3536 ermöglicht werden und die Stadt eine vorausschauende Personalplanung betreiben  
3537 kann, die es ausscheidenden Mitarbeiter\*innen auch ermöglicht, ihr Fachwissen an  
3538 die Nachfolger\*innen weiterzugeben.

3539 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter\*innen  
3540 der Stadtverwaltung verbessern und die Möglichkeiten zur Nutzung von Teilzeit -  
3541 mit dem jederzeitigen Rückkehrrecht in Vollzeit - erweitern sowie  
3542 familienfreundliche Bedingungen für Arbeitnehmer\*innen in der Verwaltung  
3543 schaffen. Gute Verwaltungsmitarbeiter\*innen sind ihr Geld wert. Deswegen werden  
3544 wir GRÜNE nicht nur sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst  
3545 unverzüglich beenden, sondern auch die gegenwärtige Praxis der  
3546 Stellenbewertungen durch das Personalamt auf den Prüfstand stellen.

3547 Zu einer attraktiven Verwaltung gehört auch eine konsequente Gleichstellung.  
3548 Deshalb werden wir mit gezielten Förderprogrammen mehr Frauen in  
3549 Führungspositionen bringen. Zudem treten wir GRÜNE dafür ein, dass bei der  
3550 Besetzung von Kommissionen, Aufsichtsräten und Kuratorien zukünftig mindestens  
3551 50 Prozent Frauen zu entsenden sind. Die interkulturelle Kompetenz werden wir in  
3552 der Stadtverwaltung in allen Bereichen fördern und entsprechende Weiterbildungen  
3553 zur Voraussetzung für die Bekleidung von Leitungspositionen machen.

3554 Mit neuen Strukturen die Verwaltung zukunftsfest machen  
3555 In den letzten Jahren sind viele Versuche zur Verwaltungsmodernisierung im Sande  
3556 verlaufen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin für eine aufgabenorientierte  
3557 Überprüfung der aktuellen Verwaltungsstruktur und werden den mitunter falschen  
3558 Ressourceneinsatz in der Verwaltung beenden, um unterbesetzte Bereiche der  
3559 Verwaltung zu stärken. Dabei werden wir auch prüfen, ob durch  
3560 Entbürokratisierung von Verfahren, wie beispielsweise bei der Erteilung von  
3561 Sondernutzungen, sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürger\*innen entlastet  
3562 werden können.

3563 Für uns ist die Bürger\*innennähe der Verwaltung keine bloße Floskel. Deswegen  
3564 werden wir dafür sorgen, dass alle von den Bürger\*innen in Anspruch genommenen  
3565 Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort durch die Bürgerbüros angeboten und  
3566 erledigt werden. Deshalb wird es mit uns auch keine weitere Schließung von  
3567 Bürgerbüros geben. Wir werden vielmehr allen Bürgerbüros ausreichend Personal  
3568 zur Verfügung stellen, um attraktive Öffnungszeiten für die Bürger\*innen zu  
3569 ermöglichen. Ebenso wollen wir durchsetzen, dass Bürger\*innen bei Behördengängen  
3570 eine Kinderbetreuung angeboten bekommen.

3571 Wir GRÜNE unterstützen den Neubau eines modernen, bürger\*innenfreundlichen  
3572 Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz. Neben der Einführung und Erprobung neuer  
3573 Arbeitsplatzmodelle muss das Verwaltungszentrum vorbildlich in der Schaffung  
3574 einer gesundheitsförderlichen Arbeitsumgebung sein. Das neue Haus soll nicht nur

3575 ein Verwaltungsgebäude, sondern ein Haus der Bürger\*innen und ein Ort gelebter  
3576 demokratischer Mitbestimmung sein - mit Räumen für Bürgerbeteiligungsprojekte  
3577 und Möglichkeiten der Begegnung für die Bürger\*innen.

3578 Unser Leitbild: Eine digitale Verwaltung macht Dresden moderner  
3579 Wir GRÜNE werden die Verwaltung digitaler gestalten. Wir werden erreichen, dass  
3580 so viele Behördengänge und Verwaltungsverfahren wie möglich online erledigt  
3581 werden können. Hierbei werden wir allerdings stets auch die Möglichkeit  
3582 erhalten, diese analog zu erledigen, um weiterhin direkt mit den Behörden in  
3583 Kontakt treten zu können.  
3584 Im Internetauftritt der Stadt muss Mehrsprachigkeit und leichte Sprache zum  
3585 Standard werden.

3586 Die Landeshauptstadt muss Vorreiterin bei Datenschutz und IT-Sicherheit sein.  
3587 Alle Verwaltungsverfahren sind auf höchstmöglichem Datenschutzniveau  
3588 auszugestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten zugleich strikt dagegen ein, dass  
3589 die Stadt Daten der Bürger\*innen ohne schriftliche Einwilligung an Dritte  
3590 verkaufen kann. Wir werden die IT-Sicherheit in der Stadtverwaltung stärken und  
3591 eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Verwaltungsverfahren und die Möglichkeit  
3592 der verschlüsselten Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Verwaltung zum  
3593 Standard machen.

3594 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Freifunk-Initiativen, die offene WLAN-Netze  
3595 bereitstellen, als eine wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements fördern.  
3596 Dies kann auch die Mitnutzung öffentlicher Gebäude für die Bereitstellung von  
3597 Freifunk-Hotspots umfassen.

3598 Wir werden Dresden weiterhin zu einer Smart-City entwickeln. Durch die  
3599 intelligente Steuerung von Verkehr, Versorgung und Entsorgung auf der Grundlage  
3600 von Live-Daten können Ressourcen besser genutzt und die Nachhaltigkeit gestärkt  
3601 werden. Wir werden stets darauf achten, dass dabei keine personenbezogenen  
3602 Verkehrs- und Bewegungsdaten gespeichert werden. Den direkten Kontakt zur  
3603 Verwaltung bei der Meldung von Problemen werden wir durch die stärkere Nutzung  
3604 interaktiver Tools und Apps verbessern. Wir werden die kommunale „Dreckweg-App“  
3605 so ausbauen, dass diese zu einer wirklichen „Dresden-App“ wird, bei der die  
3606 Bürger\*innen Störungen und Probleme - von Glasscherben auf dem Radweg bis hin zu  
3607 durstigen Bäumen - melden können, einfache Anliegen mit der Verwaltung klären  
3608 oder Petitionen mitzeichnen können.